

Pressemitteilung des VDL Hessen vom 04. April 2022

## **Hessens Schulen: Vorbereitet auf eine neue Flüchtlingswelle, aber räumlich und personell am Kapazitätslimit**

In Hessen steigen langsam aber stetig die Zahlen der Kinder und Jugendlichen, die vor dem grausamen Krieg in der Ukraine geflüchtet sind. In den Schulgemeinden bereitete man sich bereits seit Kriegsbeginn darauf vor – so gut es neben den steigenden Coronazahlen und den hohen Krankheitsquoten ging.

„Natürlich werden sich unsere Schulen der Herausforderung stellen und dabei die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren einbringen“, meint Jörg Leinberger, Landesvorsitzender des VDL Hessen. „Für die Schulleitungen, Lehrkräfte und die sozialpädagogischen Fachkräfte, die in den vergangenen zwei Jahre in der Corona-Pandemie unter enormer Mehrbelastung standen, wird die Situation jedoch wieder eine neue organisatorische und pädagogische Hürde sein.“

Alle Schulen, die Geflüchtete aufnehmen, brauchen tatkräftige Unterstützung. Auch wenn in den vergangenen Jahren die sozialpädagogische Arbeit an den Schulen aufgestockt wurde, so werden diese Ressourcen vor Ort – insbesondere an kleinen Schulen - nicht ausreichen. Diese muss dementsprechend schnell angehoben werden. Auch die Schulpsychologie bedarf einer Aufstockung der Stellen, um mehr Flexibilität im Einsatz bieten zu können.

Große Probleme wird es auch dort geben, wo nicht die räumlichen Kapazitäten vorhanden sind, um ad hoc eine neue Intensivklasse einrichten zu können. Hier müssen die Schulträger schnell und unbürokratisch für zusätzlichen Lernraum sorgen, beispielsweise durch Containerklassen.

Vor allem aber müssen Sprachförderprogramme für ukrainische Kinder aufgesetzt und geeignetes Personal gefunden werden, das in den Intensivklassen mindestens unterstützend, bestenfalls aber auch unterrichtend eingesetzt werden kann. Dies könnten Ukrainerinnen und Ukrainer sein, die der deutschen Sprache mächtig sind. Wünschenswert wäre es, wenn Tandems aus Lehrkräften und ukrainisch-sprechenden Personen gebildet würden, um die Sprachbarriere schnell abzubauen.

Es muss auch unbedingt dafür gesorgt werden, dass der Coronaschutz an unseren Schulen weiterhin gewährleistet bleibt. Nach Presse- und Regierungsangaben liegt der Impfstatus der Geflüchteten aus der Ukraine bei ca. 35 Prozent. Die Landesregierung muss umgehend dafür sorgen, dass die Geflüchteten ein Impfangebot erhalten. An den betroffenen Schulen sollten die Vorsichtsmaßnahmen wie regelmäßige Testungen und Schutzmasken trotz der Lockerungen, die heute in Kraft getreten sind, beibehalten werden und entsprechende Impfangebote erfolgen.

Es wird eine große Aufgabe für alle sein, den geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus dem ukrainischen Kriegsgebiet die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Aber mit vereinten Kräften und mit schnellen, unbürokratischen Hilfen der Schulträger und des Kultusministeriums können unsere Schulen das schaffen.

Egelsbach im April 2022